



Antragsteller*in:

Students for Palestine Freiburg

Antragsinhalt:

Die Vollversammlung möge beschließen,

die Einrichtung finanzieller Hilfsprogramme für Studierende, die aus Kriegs- und Krisengebieten stammen und/oder von Völkerrechts- und Menschenrechtsbrüchen betroffen sind. Insbesondere soll Studierenden aus Palästina, Libanon, Syrien und Jemen – sowie aus vergleichbaren Konfliktregionen – durch Maßnahmen wie Mietzuschüsse, Unterstützung bei den Lebenshaltungskosten oder zweckgebundene Stipendien finanziell unterstützt werden. Die Universitätsleitung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen und vorhandene Notfallfonds auszubauen, sowie psychosoziale Hilfe für Betroffene anzubieten.

Begründung:

Studierende, die aus aktuellen Kriegsgebieten oder Krisenländern kommen, befinden sich in einer besonders vulnerablen Lage. Viele von ihnen können nicht auf die finanzielle Unterstützung ihrer Familien zurückgreifen, da diese selbst durch Krieg, Vertreibung oder wirtschaftlichen Kollaps existenziell betroffen sind. Finanzielle Unterstützung aus der Heimat bleiben oft aus und Überweisungen sind aufgrund zerstörter Infrastruktur teilweise unmöglich. Gleichzeitig haben betroffene Studierende – etwa aus Palästina, dem Libanon, Syrien oder Jemen – häufig eingeschränkte Verdienstmöglichkeiten: Visabestimmungen und ein hoher Studienaufwand erlauben nur begrenzt das Ausüben von Nebentätigkeiten, während die Lebenshaltungskosten in Freiburg im bundesweiten Vergleich sehr hoch sind. Hinzu kommt, dass Betroffene in Deutschland auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen rassistischer Diskriminierung und Vorurteilen ausgesetzt sind, was ihre soziale und psychische Belastung weiter erhöht. Ohne spezielle Unterstützung sind diese Studierenden besonders in ihrem Studienvorhaben bedroht: Oft droht ein Studienabbruch, unabhängig von dem akademischen Potenzial Betroffener. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Chancengleichheit, hier Abhilfe zu schaffen. Bereits in der Vergangenheit wurden für andere Gruppen von kriegsbetroffenen Studierenden (z.B. aus der Ukraine) Hilfsfonds und Stipendien eingerichtet – vergleichbare Angebote müssen ausgebaut werden nun auch für Studierende aus den in diesem Antrag benannten Regionen gelten. Die Universität hat den Auftrag, allen Studierenden eine gleichberechtigte Teilhabe am Studium zu ermöglichen. Finanzielle Hilfsangebote – etwa in Form von Miet- und Essenszuschüssen, zinslosen Darlehen

oder speziellen Stipendienprogrammen – würden die direkt von Krieg und Krisen betroffenen Kommiliton*innen erheblich entlasten und ihnen ermöglichen, ihr Studium mit weniger existentiellen Druck fortzuführen. Damit setzt die Hochschule ein deutliches Zeichen der Solidarität. Die Vollversammlung der Studierendenschaft sollte daher die Verantwortlichen auffordern, gemeinsam mit dem Studierendenwerk und ggf. öffentlichen Stellen kurzfristig einen Unterstützungsfonds anzulegen und die betreffenden Studierenden proaktiv über Hilfsangebote zu informieren. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um Chancengerechtigkeit herzustellen und den humanitären Verpflichtungen einer weltoffenen Universität gerecht zu werden.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).